

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Zeitungsmoatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingierstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zingierstraße 14. Tel. 1769. Geschäftzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gepaltenen Petitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei einmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 171.

Dresden, Sonnabend den 26. Juli 1913.

24. Jahrg.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes beruft einen außerordentlichen Verbandstag ein.

Von österreichischer Seite wird ein Zusammengehen Oesterreichs und Russlands auf dem Balkan beabsichtigt.

Die Griechen besetzen Debeagatsch, das von den Bulgaren geräumt wurde.

Die Türkei macht große Rüstungsanstrengungen, um ihren Aufmarsch in Syrien zu vollenden.

## Taylorismus und Lebensmittelteuerung.

Die Organe der Gewerkschaften lassen keinen Zweifel darüber auskommen, daß sich die organisierten Arbeiter gegen die Einführung des Taylorismus in den Fabriken Deutschlands zur Wehr setzen werden. Denn diese raffinierteste aller Ausbeutungsmethoden gewinnt im Fluge die Herzen aller Unternehmer, die sich die „wissenschaftliche Betriebsführung“, wie sie Taylor empfiehlt, gerne zu eigen machen. „Das System“, schreibt Victor Politischer in seinen amerikanischen Reiseberichten, „Amerika heute und morgen“, „das handelspolitische Stützsystem und Schindelsystem in seiner neuesten Variante, blüht, erobert sich in dem weiten Amerika einen Fabrikationszweig nach dem anderen, eine Fabrik nach der anderen, streckt schon seine Fingerringe um uns herum nach dem Kreuzot, nach Eisen, nach dem Vogelland, überall hin.“ Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt bereits Richard Wolbt, bei der Besprechung des Taylorismus, dem Fertigungsleiter, wie es die Unternehmer wollen, eine Normalleistung des Arbeiters entgegenzusetzen. Diese Gegenwehr soll durch eine systematische Lohn- und Leistungsbeobachtung organisiert werden. Aber darüber läßt sich niemand, daß diese neuere Arbeitsmethode wenn auch nicht ganz, so doch zu einem großen Teil sich das Feld erobert wird, wie es bei der Akkordarbeit, beim Prämienlohn, bei dem Mehrstufensystem in der Textilindustrie usw., trotz des heftigsten Widerstandes der Arbeiter zu Anfang, der Fall war. Der neuen Arbeitsmethode wird deshalb auch noch auf andere Art begegnet werden müssen als durch eine Normalleistung des Arbeiters, vor allem in Deutschland, wo die Lebensbedingungen des Arbeiters so sehr verschieden sind von denen der Arbeiter Amerikas, und wo eine erhöhte Anspannung der körperlichen Kräfte furchtbare Zersetzungen unter den Arbeitern bewirken muß, wenn nicht gleichzeitig eine wesentlich bessere Ernährung Platz greift.

Das Taylorismus beruht darauf, die Arbeitsquanten zu erfinden, die für eine bestimmte Tätigkeit ein „erstklassiger Arbeiter“ — also ein solcher von höchster Leistungsfähigkeit — leisten kann. Dazu sind genaue Voruntersuchungen und Auswertungen der betreffenden Arbeit notwendig. Hat die Betriebsleitung dieses Arbeitsquantum festgelegt, das bei der denkbar größten Anstrengung der Körperkräfte zu erreichen ist, so gibt sie es darauf den Arbeitern als tägliches Pensum an. Das Pensum muß abfoliert werden, Arbeiter, die es dauernd nicht zu bewältigen vermögen, werden einfach auf die Straße geworfen, wo sie sehen müssen, was aus ihnen wird. Diese Art des Antreibens ist nun zwar auch in Deutschland nichts Neues, und sie ist seit langer Zeit schon vor allem in solchen Betrieben zu finden, wo zuvor im Akkord gearbeitet und dann die Lohnarbeit eingeführt wurde. Aber nach dem Taylorismus wird dem Arbeiter nicht nur das Pensum aufgegeben, es wird ihm auch jede Disposition darüber, wie er seine Arbeit verrichtet, entzogen, er wird in der Tat zu einem Maschinenteil gemacht. Während der Arbeit stehen Meister und Untermeister als Kommandeure und Antreiber neben ihm und alle möglichen Kontrolleure neben seinen Maschinen. Das Arbeitsgerät ist natürlich denkbar günstig konstruiert, und jeder Handgriff des Arbeiters wird vorher genau studiert, berechnet und eingeübt. Die Lohnungsmethode Taylors läuft darauf hinaus, für die Tagesleistung einen bestimmten Lohn anzusetzen, außerdem aber jedem Arbeiter, der das Pensum erfüllt, eine Prämie zu bezahlen, die 50 bis 100 Prozent des Lohnes selbst beträgt und durch Zuschläge für die Qualität des gelieferten Produktes erhöht werden kann.

Was durch diese Arbeitsmethode erzielt werden kann, wird an einigen Beispielen gezeigt. Obwohl der Grad der Verwaltungs- und Betriebsbeamten erheblich vermehrt werden muß, trotz höheren Verdienstes der Arbeiter und Verbilligung des Arbeitsproduktes werden erheblich größere Betriebsüberschüsse erzielt, was ja der Zweck der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ ist. Am 21. November 1910 erklärte ein Zeuge vor der Interstate Commerce Commission des amerikanischen Senats, daß allein bei den amerikanischen Eisenbahnen durch die Einführung des Taylorismus täglich vier Millionen Mark „gespart“ würden! Bei den Westinghouse-Werken, deren Reorganisation Taylor durchgeführt hat, konnte die Zahl der Schaffner und Tagelöhner, die mit Ver-

lade- und Aufräumarbeiten beschäftigt werden, nach Einführung des neuen Systems von 400—600 auf 140 Mann reduziert werden. Die Durchschnittsleistung eines Mannes stieg pro Tag von 16 auf 59 Tonnen, die durchschnittlichen Kosten für Transport und Verladung sanken von etwa 0,291 Mark auf 0,138 M. Gleichzeitig soll sich der Durchschnittslohn von etwa 4,81 M. auf 7,80 M. gehoben haben.

Man kann sich demnach vorstellen, wie furchtbar die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters angestrengt werden muß. Es sollen zwar viele Pausen gemacht werden, um eine augenblickliche Ermüdung zu verhindern, die ein andauerndes Arbeiten ja auch unmöglich machen würde. Aber abgesehen davon, daß die diesen Pausen der Bewegung auf Verfürgung der Gesamtarbeitszeit hinderlich sind, liegt es auf der Hand, daß diese intensiven, maschinenmäßige Arbeit den Körper ungenügend anstrengen muß. Und das ist ein Moment, das in Deutschland eine viel größere Berücksichtigung verdient als in Amerika, weil der deutsche Arbeiter infolge der hohen Lebensmittelpreise sich nicht im entferntesten so gut ernähren kann wie der amerikanische Arbeiter. Die Erhöhung des Durchschnittslohnes ändert daran nichts. Denn erstens ist es ganz selbstverständlich, daß der Durchschnittslohn steigen muß, wenn nur noch „erstklassige Arbeiter“ beschäftigt, schwächere Arbeiter ausgegrenzt werden. Zweitens aber garantiert den deutschen Arbeitern eine Lohnsteigerung so lange keine bessere Ernährung, als es den Agrariern möglich ist, mit Hilfe der Zoll- und Abzehrungspolitik die Preise der Lebensmittel fortgesetzt in die Höhe zu treiben. Die Steigerung der Arbeitsanforderung auf das denkbar höchste Maß müßte aus diesen Gründen bei den deutschen Arbeitern gesundheitlich die schlimmsten Folgen zeitigen.

Die Arbeiter haben auch aus anderen Gründen noch alle Ursache, sich gegen diese neue Ausbeutungsmethode zu wehren. Denn u. a. ist auch die Frage am Platze, was dann aus den Arbeitern werden soll, die das Pensum nicht leisten können? Der Gedanke, daß das Taylorismus in Deutschland Eingang finden könnte, wird deshalb Anlaß sein, von neuem an den Ausbau der Organisationen heranzugehen. Aber da die Gefahr besteht, daß trotz allem Widerstandes das neue Schindelsystem Platz greift, so ist auch die Veranlassung gegeben, den Kampf gegen den agrarischen Lebensmittellöcher mit erhöhten Anstrengungen zu führen. Der amerikanische Arbeiter ist in der Lage, zum ersten Frühjahr, zum Tee, mehr Fleisch zu essen, als der deutsche Arbeiter mit seiner Familie den ganzen Tag, und er kann sich überhaupt wesentlich besser ernähren als der deutsche Arbeiter. Das Taylorismus muß deshalb in Deutschland nicht nur zu großen gewerkschaftlichen, sondern auch zu politischen Klämpfen führen. Und das ist eine neue Mahnung an die Arbeiter: Hinein in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen!

## Der böhmische Bankrott.

Von unserem Korrespondenten.

Das Land Böhmen, das von sechseinhalb Millionen Menschen bewohnt ist, steht unmittelbar vor dem Bankrott seiner Provinzialverwaltung. Spätestens Ende August muß es seine Zahlungen einstellen. Nach anderen Angaben werden die Landesbanken bereits am 2. August nur noch über 15 000 Kronen verfügen. Dann wird Böhmen den Beamten, Lehrern und Instituten gegenüber, die es erhält, die Gehälter und Zulagen einstellen und in aller Form seinen Bankrott anlagen. In aller Form — denn in ganz wesentlichen Formen dauert die Bankrottwirtschaft schon seit langen Jahren. Schon mehr als ein halbes Jahrzehnt werden weder Straßen noch Schulen noch Krankenhäuser gebaut. Man läßt einen großen Teil der Irrsinnigen außer Pflege, man zahlt die Unterhaltsbeiträge für die böhmischen Landesangehörigen in fremden Krankenhäusern nicht. So hat z. B. das Land Niederösterreich gegen eine Million Kronen an Spitalkosten von Böhmen zu fordern.

Entsetzlich ist die Lage der Lehrer. Die böhmischen Lehrer sind die einzigen, deren Bezüge seit anderthalb Jahrzehnten nicht erhöht wurden, trotz der beispiellosen Teuerung. Aber nicht genug daran, man entläßt die provisorisch angestellten Lehrkräfte während der Ferien und sie müssen hungern, wenn sie nicht durch Tagelöhnerarbeit Brot finden. Bei all diesen „Ersparungen“ ist der Schuldenstand des Landes nahezu abenteuerlich. Das Defizit beträgt 140 Millionen, die ungedeckten Schulden 90 Millionen und wenn sogar die Tilgung des Defizits bis zum Jahreschlusse möglich wäre, würden sich die ungedeckten Verpflichtungen auf 114 Millionen und die Gesamtschuldenlast auf 254 Millionen erhöhen. Bei der Veranlagung der schwebenden Schuld in eine konsolidierte wäre überdies mit 11 Millionen Kursverlust zu rechnen. Nun ist's aber mit dem „Schweben“ zu Ende. Die böhmische Landesbank hat dem Lande bereits 50 Millionen gestiftet und kann nicht mehr weiter. Die Wiener Banken verweigern die Hilfe, solange die Deutschen in Böhmen sich nicht für befriedigt erklären.

Die Ursache dieses Elends ist der nationale Kampf. Die tschechische Mehrheit, so klagen die Deutschen, verwal-

tet das Land ausschließlich zum Vorteil der vier Millionen Tschechen und als ob die zweieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen nur Luft wären. Es gibt keine deutschen Landesbeamten, es gibt Subventionen und Unterstüßungen bloß für tschechische Institute. Darum haben die deutschen Abgeordneten den Landtag seit dessen Zusammentritt durch Obstruktion gesperrt, und die sechs Jahre und darüber währende Obstruktion hat bewirkt, daß das Land von dem Landesauschuss des früheren Landtages verwaistet wird. Dieser aber kann nur das Laufende besorgen, keine neuen Steuern einführen. Es handelt sich vor allem um die Erhöhung der Landesumlagen und der Landesbiersteuer, die 17 Millionen im Jahre einbringen werden. Allerdings würde die Erhöhung der Lehrgelälter — für alle nationalen Parteien wegen der politischen Bedeutung der Lehrer höchst wichtig — allein weit mehr kosten. Das Elend des Landes, vor allen den Tschechen sichtbar, hat dazu geführt, daß jahrelang über einen deutsch-tschechischen Ausgleich verhandelt wurde. Die Deutschen verlangen nationale Abgrenzung der Verwaltungsgebiete, nationale Trennung gewisser Verwaltungszweige, Veto der nationalen Kurien in bestimmten Lebensfragen. Die Tschechen wollen es nicht gewähren. Nun hat jedoch die Not ihren Gipfel erreicht. Die Regierung wollte eingreifen und den Austausch in eine „parlamentarische“ Kommission mit absolutistischen Rechten verwandeln. Die würde dann die nötigen Steuererhöhungen in die Tat umsetzen. Da indes die Parteien der Verfassung nicht selbst den Strick drehen wollen, so findet die Regierung jetzt daran, kurzweg eine Kommission von Beamten mit den Vollmachten der Verfassungsbruchs auszustatten. Dabei begegnet sie jedoch dem Vorwurf der Deutschen, daß sie den Tschechen gegen die Obstruktion zu Hilfe eile. Und sollte sie sich entschließen, ganze Arbeit zu machen, den nationalen Ausgleich und die Landeswahlreform durchzuführen, so — müßte sie von anderem Golze sein. Sie flüchtet sich vor den Rückwirkungen auf den Reichsrat. Die werden ohnedem eintreten.

Man hat überhaupt von Oesterreich keine richtige Vorstellung, wenn man nicht weiß, wie die Kronländer, die mit großen autonomen Rechten ausgestattet sind, verwaltet werden. Sie stehen mit Ausnahme Niederösterreichs alle in der schauerhaftesten Schuldenwirtschaft. Das grauenvollste Beispiel bietet Mähren. In den fünf Jahren 1907 bis 1912, seit dem Uebergang der Verwaltung in tschechische Hände, hat das Jahreserfordernis von 36 Millionen auf 56 Millionen gestiegen bei einem jährlichen Defizit von nahezu 20 Millionen. Die Schuldenlast hat sich von 30 auf 150 Millionen, das Zinsenerfordernis demgemäß von 2700 000 auf 8117 000 erhöht. Für tschechisch-nationale Zwecke wird eine geradezu wahnwitzige Verschwendung betrieben, die ärgste Vetterwirtschaft waltet. Das hindert nun aber bezeichnenderweise die tschechischen Sozialdemokraten im Landtage nicht, geschlossen mit den tschechisch-bürgerlichen zu marschieren. In der letzten Sitzung des Landtages haben die Separatisten für das Budgetprovisorium ihr Votum abgegeben. Dabei sprechen sie durch den Mund ihres Führers Luszar als Grandjury aus:

Als Vertreter der Arbeiterklassen der tschechischen Nation währenden fühlen wir uns als Teil der tschechischen Mehrheit in diesem Landtag. Wir würden es für uns und für die Schichten, die wir vertreten, als Beleidigung erachten, wenn wir aus der Majorität ausgeschlossen werden sollten. . . . Wir wollen dem Landesauschuss die Mittel zur Verwaltung des Landes nicht verweigern. . . . Wir haben auch nationalpolitische Gründe zu unserer Haltung, insbesondere die, daß wir die tschechische Mehrheit nicht ausliefern, die Unmöglichkeit von den Stimmen der Großgrundbesitzer und der tschechischen Minorität, die auf die Selbsterhaltung, neue nationale Konzeptionen zum Schaden des tschechischen Volkes heranzuschlagen. . . .

Dazu ist bloß hinzuzufügen, daß ohne die feudalen Großgrundbesitzer die Tschechen überhaupt die Mehrheit nicht innehaben. Vor ihren Einwirkungen kann „die tschechische Mehrheit“ Herr Luszar nicht behüten. Es bleibt als einziger Grund für die Zustimmung zu der beispiellosen Vetterwirtschaft in Mähren — der nationale Haß der tschechischen Sozialdemokraten gegen alles, was den deutschen Namen trägt, oder gewisse Abmachungen, die von dem Wahlbündnis mit den ärgsten Chauvinisten herrühren.

## Die Demission des Landmarschalls.

Wien, 25. Juli. Der Kaiser empfing in Neßl den Landmarschall von Böhmen, der mit Rücksicht darauf, daß die Regierung dem ehemaligen Landesauschuss die Mittel zur Sanierung der Landesfinanzen verweigert, seine Demission überreichte, die der Kaiser, der den Standpunkt der Regierung billigt, auch annahm.

## Unveränderter Wirrwarr.

Ein gültiges Gesetz hat uns die Londoner Postkonferenz besichert. Sie sorgt dafür, daß in dieser ersten Zeit der Summe nicht vollständig vor die Gunde geht. Am Donnerstag hat sie zunächst den italienischen Entwurf für das Statut beraten, durch das die Verhältnisse Aboniens geregelt werden sollen und als dieser Punkt genügend diskutiert war — natürlich ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre, das die zu erzielenden Zusammenkünfte der Diplomaten für die Zukunft überflüssig gemacht hätte —, entschied sich die Kon-

Belle der Groberer

Bemerkung: In denen alle die die einzelnen erziehen, die hungert

ich bald hinausgehen? folgte er mit leiser, verflüchteter Stimme

Gedanken und greifen

Mitschneidende und ihre